



Presseschau vom 09.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Felicitas Rabe: Kein Impfwang? Die Salamtaktik der Bundesregierung

Medien und Politik in Deutschland diskutieren über ein angebliches Impfversagen, fehlende Schnelltests und die richtige Corona-Strategie. Tatsächlich geht es der Regierung darum, die bestehenden Maßnahmen ganz leise und schleichend immer weiter zu verlängern – und zu verschärfen. ...

<https://kurz.rt.com/2g1h>

Anna Schadrina: „Sputnik-V“-Entwickler fordern Entschuldigung von EMA-Vorstandschefin

Die Entwickler des russischen Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ haben eine Entschuldigung von der Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) Christa Wirthumer-Hoche gefordert. Sie hatte eine Notfallzulassung des russischen Vakzins mit dem „russischen Roulette“ verglichen. ...

<https://snanews.de/20210309/sputnik-v-entwickler-fordern-entschuldigung-von-ema-vorstandschefin-1196459.html>

de.rt.com: China will Anti-Monopolgesetz stärken: Alibaba auch im Visier

Kurz vor dem geplanten Börsengang des chinesischen Internetgiganten Alibaba im Dezember letzten Jahres griffen die Aufsichtsbehörden ein und verhinderten den Schritt. Jetzt soll ein neues Kartellgesetz eingeführt werden, um große Internetkonzerne besser zu regulieren. ...

<https://kurz.rt.com/2g1a>

de.rt.com: **RT DE bereitet Klage gegen Bild nach absurden Spionagevorwürfen vor**
RT DE hat kürzlich angekündigt, expandieren zu wollen. Jetzt mehren sich Anzeichen, dass dies viele große Verlage aufgeschreckt hat und eine Kampagne gegen den Sender aufgebaut wird, und zwar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Eine Antwort der Redaktion. ...

<https://kurz.rt.com/2g1n>

abends/nachts:

snanews.de: **EU-Kommissar: Eigene Corona-Impfstoffe haben Priorität**

Die EU will sich auch künftig bei der Herstellung von Corona-Impfstoffen auf die Eigenproduktion verlassen. Laut dem EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Thierry Breton, haben die europäischen Vakzine Vorrang. Für Impfstoffe aus anderen Ländern – wie etwa Russland – wird es demnach später Unterstützung geben.

Laut Breton will Russland seinen Impfstoff auf europäischem Territorium produzieren lassen und hat sich diesbezüglich an die EU gewandt. In Zukunft werde Brüssel „Russland sowie auch andere“ darin unterstützen, allerdings habe jetzt die Herstellung von europäischem Impfstoff Priorität, betonte er.

„Das Problem von Impfstoffen (...), die weder in den USA noch in Europa entwickelt wurden, besteht darin, dass ihre Hersteller keine Produktionsstätten finden können. Das ist äußerst schwierig. Das Vakzin wird nicht wie FFP2-Masken hergestellt“, sagte der EU-Kommissar in einer Sendung von „France 2“.

Derzeit sind in der EU mit Pfizer/Biontech, Moderna und Astrazeneca drei Covid-19-Impfstoffe zugelassen. Außerdem schloss die EU-Kommission mit den Pharmaunternehmen Johnson&Johnson, Sanofi-GSK und Curevac weitere Verträge über Impfstofflieferungen.

„Sputnik V“ war im August 2020 in Russland als weltweit erster Coronavirus-Impfstoff zugelassen worden. Anfang Februar hatte das medizinische Fachjournal „The Lancet“ die Ergebnisse der Phase III der klinischen Studien von Sputnik V veröffentlicht, die seine hohe Wirksamkeit und Sicherheit bestätigen. Der Einsatz des Vakzins ist inzwischen in knapp 40 Staaten genehmigt worden. Eine Zulassung in der EU soll folgen. Derzeit wird das in Russland entwickelte Serum von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) auf Einhaltung der EU-Standards überprüft.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/08/1194582_0:320:3072:2048_1280x0_80_0_0_f5995e1d0694b5e8c40bcbbe19e3e7b2.jpg

vormittags:

snanews.de: **Raum für „Hintertür-Deal“ mit Berlin? US-Republikaner fordern Sanktionen gegen Nord Stream 2**

Eine Gruppe von republikanischen Mitgliedern des Repräsentantenhauses des amerikanischen Kongresses hat in einem Brief an US-Außenminister Antony Blinken zu neuen Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 aufgerufen.

Die Autoren des Schreibens zeigten sich tief darüber besorgt, wie die US-Administration des Präsidenten Joe Biden den Sanktionsplan gegen die Pipeline umsetzt. Unter anderem beunruhigt die Politiker der Umstand, dass zahlreiche Unternehmen, die im Verdacht stehen, an Tätigkeiten beteiligt zu sein, die mit Sanktion geahndet werden, zwar in offenen Quellen erwähnt werden, das US-Außenministerium aber immer noch um zusätzliche Informationen diesbezüglich bittet.

Laut den Republikanern werden die starken Aussagen der US-Administration in Bezug auf die Pipeline jedoch nicht mit solchen starken Handlungen bekräftigt.

„Stattdessen spricht offenbar die Administration in einem strengen Ton, versteckt sich dabei aber hinter einer undurchsichtigen ‚Beweisschwelle‘, um die vollständige Umsetzung der verpflichtenden Kongresssanktionen, wie sie das Gesetz erfordert, zu verhindern,“, heißt es im Text.

Die Kongressmitglieder befürchten zudem, dass die US-Administration die Verhängung von Sanktionen hinauszögert, um Raum für einen „Deal durch die Hintertür“ mit Deutschland zu lassen. Jede Abmachung, die die Fertigstellung von Nord Stream 2 nicht stoppt, wäre demnach fehlgeleitet.

Offenbar vermuten die Republikaner, dass die US-Regierung auf weitere Sanktionsandrohungen verzichten könnte, wenn Deutschland Zusagen machen und etwa Investitionen in die europäische Energieinfrastruktur versprechen würde. Eine solche Absprache würde nicht nur die Sicherheitsinteressen der USA und Europas untergraben, sondern auch einen Affront gegen den US-Kongress darstellen. Man unterstütze die Bemühungen, die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland wiederzubeleben. Bei dem Projekt Nord Stream 2 gehe es aber nicht nur um ein „Ärgernis“ in den Beziehungen mit Berlin, sondern um ein Projekt, über das Russland seinen Einfluss vergrößern wolle, heißt es. Im Text ruft man dazu auf, dem Kongress die neuen Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 vorzulegen, sobald die notwendigen Informationen zugänglich sind und ohne den 17. Mai abzuwarten, für den die gesetzlich vorgeschriebene Bekanntgabe geplant ist. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/07/421203_0:300:3012:1994_1280x0_80_0_0_b934feac489689a9d307ff8446ade2c7.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 08. März 2021 wurde eine Verletzung

des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

12:40 Uhr Solotoje-4 – **Solotoje-5**: Antipanzergrenatwerfer (1 Schuss), automatische Granatwerfer (29 Schüsse);

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

deu.belta.by: **Erster Energieblock des BelAKWs an das Netz angeschlossen**

Nach Wartungsarbeiten wurde der erste Energieblock des Belarussischen Atomkraftwerkes am 8. März an das Netz angeschlossen. Das teilte die Nachrichtenagentur BelTA unter Berufung auf den Pressedienst des Energieministeriums mit.

Die Reaktorleistung wird erhöht.

„Gemäß dem Programm in der Testperiode wird der erste Energieblock weiterhin geprüft. Zurzeit sind 259 Tests aus eingeplanten 394 Verfahren erfolgreich abgeschlossen“, präzisierte der Pressedienst.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1615271609_56288_big.jpg

de.rt.com: **Brasilien: Oberster Gerichtshof hebt die Verurteilungen von Ex-Präsident Lula auf**

Ein Richter des brasilianischen Obersten Gerichtshofs hat alle Urteile gegen den ehemaligen Präsidenten des Landes Luiz Inácio Lula da Silva aufgehoben. Somit sind seine politischen Rechte für eine erneute Kandidatur bei den Wahlen im kommenden Jahr wiederhergestellt. Am Montag entschied Edson Fachin, Richter am brasilianischen Obersten Gerichtshofs, dass das 13. Bundesgericht von Curitiba, das den ehemaligen linken Präsidenten des Landes Luiz Inácio Lula da Silva wegen Geldwäsche und Korruption verurteilt hatte, in diesen Fällen nicht zuständig gewesen war.

Der Richter hob alle Urteile auf, die gegen den 75-Jährigen im Zusammenhang mit der sogenannten Operation Lava Jato verhängt worden waren, einer groß angelegten Untersuchung von Betrugsfällen, in deren Verlauf drei Ex-Präsidenten und zahlreiche Beamte angeklagt wurden.

Das Urteil vom Montag beinhaltet die Wiederherstellung von Lulas politischen Rechten. Dieser kann somit bei den Präsidentschaftswahlen 2022 gegen den derzeitigen brasilianischen Staatschef Jair Bolsonaro antreten. Das sogenannte Gesetz über den sauberen Leumund verbietet es rechtskräftig verurteilten Personen, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Diese Maßnahme kostete den altgedienten Politiker bereits einen Platz im Präsidentschaftsrennen im Jahr 2018.

Die Entscheidung des Richters war prozedural und konzentrierte sich nicht auf die Gültigkeit der früheren Fälle gegen Lula. Ein vorinstanzliches Gericht wird nun entscheiden müssen, ob der Politiker in den vorliegenden Fällen erneut angeklagt werden soll.

Der brasilianische Generalstaatsanwalt Augusto Aras hat bereits angekündigt, dass er gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofs Berufung einlegen will.

Lula war von 2003 bis 2011 Präsident Brasiliens. Während seiner Amtszeit erfuhr das Land ein rasantes Wirtschaftswachstum und Millionen von Menschen wurden durch Sozialprogramme aus der Armut geholt.

Der Politiker wurde 2018 verurteilt, da er Bestechungsgelder von Baufirmen als Gegenleistung für öffentliche Aufträge angenommen hatte. Er verbrachte jedoch nur 580 Tage hinter Gittern, da der Oberste Gerichtshof die obligatorische Haftstrafe für verurteilte Straftäter abschaffte, deren erste Berufung gescheitert war.

Lula hat wiederholt jegliches Fehlverhalten bestritten und darauf verwiesen, dass er das ein Opfer politischen Verfolgung sei. Bereits vor einigen Jahren sagte Lula gegenüber RT, es gebe eine Verschwörung in Brasilien zwischen den Medien, der Justiz, der Staatsanwaltschaft und der Polizei, um ihn zu stürzen.

Der ehemalige Präsident bleibt eine beliebte Figur im Land. In einer Umfrage der Zeitung O Estado de S. Paulo in der vergangenen Woche sagten 50 Prozent der Befragten, dass sie "sicherlich" oder "möglicherweise" für Lula stimmen würden, verglichen mit 38 Prozent für Bolsonaro.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604711ba48fbef7d21490216.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. März 3:00 Uhr bis 9. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal (10 Schüsse);

Antipanzergranatwerfer – einmal (5 Granaten); automatische Granatwerfer – einmal (15 Granaten); Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – zweimal (17 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Staromichajlowka, Leninskoje, Sachanka.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge von Beschuss der BFU auf Staromichajlowka folgende Schäden festgestellt:

- Tschkalow-Straße 18b, 24, 26, 28 (Dach);
- Tschkalow-Straße 22 (Dach, Fassade, Fensterverglasung);
- Tschkalow-Straße 30 (Dach, Stromleitung);
- Tschkalow-Straße 32 (Dach, Fassade).

Außerdem wurden nach genaueren Informationen auch Schäden am Dach an folgenden Häusern festgestellt:

- Gagarin-Straße 8/2, 9/1, 9/2.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 47.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Über 80 Verletzte bei Feministinnen-Aufmarsch in Mexiko-Stadt**

Am Weltfrauentag haben Feministinnen bei einem Aufmarsch in Mexiko-Stadt Polizistinnen mit Benzin und Hämmern angegriffen. Nach Angaben der Behörden erlitten 62 Ordnungshüterinnen und 19 Zivilisten Verletzungen.

Mit dem Aufmarsch am Montag demonstrierte die feministische Bewegung für Gleichberechtigung und Emanzipation, wie ein SNA-Korrespondent aus der mexikanischen Hauptstadt berichtet. Die Behörden hatten zuvor im Stadtkern Absperrungen errichtet, um historische Denkmäler vor Vandalismus zu schützen.

Radikale Teilnehmerinnen, bewaffnet mit Hämmern und Farbdosen, brachen eine Absperrung vor dem Palacio Nacional, dem Sitz der mexikanischen Regierung, durch und stießen auf eine unbewaffnete Sicherheitskette von Polizistinnen. Die Aktivistinnen übergossen die Polizistinnen mit Benzin und steckten sie in Brand. Ein Journalist wurde durch einen Hammerschlag auf den Kopf verletzt.

Bei dem Aufmarsch seien 62 Angehörige der Polizei und 19 Zivilisten verletzt worden, teilte das Sicherheitsministerium der mexikanischen Hauptstadt am späten Montagabend (Ortszeit) auf Twitter mit.

In Mexiko werden jeden Tag durchschnittlich zehn Frauen ermordet, die Hälfte von ihnen vom eigenen Lebenspartner oder Angehörigen. Von Januar bis Juni 2020 wurden nach Angaben der Nationalen Statistikbehörde im ganzen Land insgesamt 1844 Frauen ermordet, davon fast ein Drittel in ihren eigenen Häusern. 7866 weitere Frauen wurden in diesem Zeitraum Opfer von Gewalt. Die Hälfte der Verbrechen gegen Frauen in Mexiko bleibt ungeklärt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/09/1196844_0:290:3073:2018_1280x0_80_0_0_426a5ec99909fda94fc31ad988e49724.jpg

snanews.de: **EU-Bericht: Deutschland im Fokus russischer Desinformation**

Laut einem Bericht des Auswärtigen Dienstes der EU steht Deutschland so sehr im Fokus von russischen Desinformationskampagnen, wie kein anderes Land in der Europäischen Union. Seit 2015 seien in der EU-Datenbank „EU vs. Disinfo“ zur Bundesrepublik über 700 Fälle gesammelt worden.

Sowohl auf politischer Ebene als auch durch regierungsnahen Medien werde Deutschland mit systematischen Desinformationskampagnen aus Russland überzogen, heißt es in dem Bericht, der nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur am Dienstag in Brüssel veröffentlicht wurde. Zugleich werde deutschen Politikern vorgeworfen, den Dialog mit Russland zu meiden

„Der Kreml schafft von Deutschland ein geistiges Bild, in dem es in einem Chor irrationaler 'Russophobie' einige wenige vernünftige Stimmen gibt“, heißt es in dem Bericht.

Zu diesem Zwecke würden Geschichten herangezogen, wie die einer russischen Familie in Berlin, deren Kinder von den Behörden in Obhut genommen worden seien, weil ihr Wohlergehen gefährdet gewesen sei. Russische Medien und Politiker beschuldigten Deutschland laut dem Bericht, Russen systematisch zu unterdrücken.

Der EU-Bericht spricht in diesem Zusammenhang von einer „Doppelzüngigkeit“ Russlands. Kreml und Außenministerium zeigten sich einerseits gesprächsbereit, andererseits erlaubten sie solche Angriffe auf Deutschland und andere EU-Staaten. Das säe Unsicherheit und Zwietracht.

Mit über 700 registrierten Angriffen seit 2015 stehe Deutschland im Fokus der russischen Desinformation. Frankreich sei laut den Daten von „EU vs. Disinfo“ gut 300 Mal, Italien rund 170 Mal und Spanien über 40 Mal angegriffen worden. Analysiert wurden öffentlich zugängliche Medienberichte und Aussagen.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Westen Russland „hybride Kriegsführung“, unter anderem mittels der Verbreitung angeblicher Fake News vorwirft. Russische Auslandsmedien wurden auch im Verfassungsschutzbericht der letzten beiden Jahre namentlich erwähnt.

Zuletzt hat es im Zuge der Corona-Pandemie neuerliche Vorwürfe gegeben, die der Kreml jedoch entschieden von sich wies. So hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow Anfang Februar bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell gesagt, es sei bedauerlich, dass „einige Kräfte in der EU dieses Thema nutzen, um Russland Desinformation zur Last zu legen“.

Lawrow rief angesichts der Herausforderungen der Pandemie-Bekämpfung zu internationaler Solidarität auf.

Russland habe seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, „allen interessierten Kollegen, auch in der Europäischen Union, im Kampf gegen das Virus zu helfen“.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/0c/496072_0:0:2887:1623_1280x0_80_0_0_49c7571b2d1a0df462cbe35502e53159.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 9. März um 9:00 3215 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2711 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 283 Todesfälle.

snanews.de: **Zu nachsichtig mit Russland, zu machtorientiert? Sportpolitikerin Freitag kritisiert IOC-Chef Bach**

In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur geht Dagmar Freitag, Vorsitzende des Sportausschusses im Bundestag, mit IOC-Präsident Thomas Bach hart ins Gericht. Das IOC sei ein exklusiver Zirkel der sportpolitischen Macht.

Nach acht Jahren als Präsident des Internationalen Olympischen Komitees will Thomas Bach es noch einmal wissen: Der deutsche Fecht-Olympiasieger will das IOC vier weitere Jahre anführen. Während es dafür viel Zustimmung aus der IOC-Exekutive gibt, zeigt sich SPD-Sportpolitikerin Dagmar Freitag weniger enthusiastisch. Unter Bach sei das IOC ein „exklusiver Zirkel der sportpolitischen Macht“ und „dank der Olympischen Spiele ein gigantisches Geschäftsmodell“. IOC-Präsident Bach verstehe es, virtuos auf der Klaviatur der Macht zu spielen und damit auch die eigene unangefochtene Macht zu sichern, so Freitag gegenüber der DPA.

Kritikwürdig findet die Politikerin Bachs nachsichtige Haltung gegenüber Staaten, „die die Werte des Sports wie Good Governance, Fairness und Respekt geradezu demonstrativ mit Füßen treten“. Anders könne man sein Verhalten in der „unendlichen russischen Doping-Causa“ nicht werten. Auch die „wachsweiche Umsetzung“ des jüngsten Urteils des Sportgerichtshofs Cas lasse viele Beobachter fassungslos zurück, so Freitag.

Ob die von Bach angestoßenen Reformen tatsächlich zu einem großen Teil umgesetzt worden seien, könne sie nicht einschätzen. Von einem bedingungslosen Einsatz des IOC für die Kernidee der olympischen Bewegung sehe sie aber wenig. Weiterhin würden Olympische Spiele an Länder vergeben, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung seien. „Niemand erwartet, dass der Sport sogenannte regime changes herbeiführt. Das ist nicht seine Aufgabe. Aber die Dachorganisation des Weltsports kann und muss eine klare Positionierung haben, wenn Athleten schikaniert, verhaftet, gefoltert oder gar von Staats wegen hingerichtet werden.“

Angesichts der Olympischen Spiele von Tokio, die zunächst im Sommer 2020 stattfinden sollten und dann auf Sommer 2021 verschoben wurden, hätte Freitag mehr Weitsicht von Bach erwartet. Bei allem Verständnis für die Komplexität und die logistische Herausforderung einer Verschiebung des Mega-Ereignisses hätte klar sein müssen, dass im August 2020 eine Durchführung der Spiele nicht verantwortbar gewesen wäre. Dennoch habe der IOC noch im April/Mai 2020 wiederholt erklärt, die Spiele würden wie geplant stattfinden, und erst dann einer Verschiebung zugestimmt, als sich Athleten und NOKs dafür ausgesprochen hatten. Es werde sich nun zeigen müssen, ob eine Durchführung der Spiele im Sommer dieses Jahres möglich sein werde.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/09/1198041_0:0:3077:1731_1280x0_80_0_0_8f03bb584e5f663e480e968da01be988.jpg

snaneews.de: **Italien produziert als erstes europäisches Land russischen Impfstoff Sputnik V**

Der russische Corona-Impfstoff Sputnik V soll in Italien hergestellt werden. Der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) unterzeichnete mit Adienne Pharma & Biotech eine entsprechende Vereinbarung, wie die Italienisch-Russische Handelskammer mitteilte. Die Produktion soll im Sommer anlaufen.

Die Idee dafür kam von der italienischen Firma Adienne Srl: Die Tochter der Holding Adienne Pharma & Biotech hatte mit Unterstützung der Italienisch-Russischen Handelskammer vorgeschlagen, ein strategisches Abkommen über eine Sputnik V-Produktion vor Ort abzuschließen.

„Zum ersten Mal in Europa wurde zwischen dem Russischen staatlichen Direktinvestitionsfonds und Adienne Pharma & Biotech eine Vereinbarung über die Herstellung des Impfstoffs Sputnik V in Italien unterzeichnet“, so die Kammer in ihrer Mitteilung.

Die Produktion in Italien soll im Juli anlaufen. Bis Ende des Jahres sollen zehn Millionen Dosen hergestellt werden. „Diese Entscheidung ermöglicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine durchgängige Kontrolle über den Produktionsprozess des Präparats.“

Die Italienisch-Russische Handelskammer hatte nach eigenen Angaben in den Verhandlungen zwischen den italienischen und europäischen Firmen und den russischen Staatsstrukturen aktiv vermittelt. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0c/892109_0:159:3079:1890_1280x0_80_0_0_f99ddf77c3c238353d6d5395115f947a.jpg

Mzdnr.ru: Am 8. März wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 9. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 25.517 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6145 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 17.280 als gesund entlassen, es gibt 2092 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 34 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 23 Fälle weniger als in den letzten 24 Stunden. Davon wurden 19 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 960 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 486 mit Sauerstoffunterstützung (+10 in den letzten 24 Stunden).

snaneews.de: **EU-Parlament hebt Immunität von Kataloniens Ex-Präsident Puigdemont auf**

Knapp zwei Jahre nach ihrer Wahl in das Europäische Parlament verlieren der frühere katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont und zwei seiner Mitstreiter die Abgeordnetenimmunität. Das EU-Parlament hat die Aufhebung der Immunität von Carles Puigdemont, Toni Comín und Clara Ponsatí beschlossen, wie dpa meldet.

Wie am Dienstag im Plenum mitgeteilt wurde, stimmte jeweils eine Mehrheit der Abgeordneten dafür. Damit gab das Parlament einem Antrag der spanischen Behörden statt und machte den Weg für die Fortsetzung der Strafverfahren gegen die Separatisten frei, die sich in ihrem Heimatland Spanien für die Unabhängigkeit Kataloniens eingesetzt haben. Die drei waren 2019 trotz laufender Verfahren gegen sie in Spanien in das EU-Parlament gewählt worden. Ponsatí schrieb nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses auf Twitter, dies gebe ihr Hoffnung und Kraft für den nächsten Kampf.

Das Parlament hatte zwar mit einer Mehrheit von jeweils etwa 400 Abgeordneten für die Aufhebung der Immunität der drei Unabhängigkeitsbefürworter gestimmt, doch knapp 250 Abgeordnete stimmten dagegen, mehr als 40 enthielten sich. Bei zwei weiteren Abstimmungen im Parlament über die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten fiel die Mehrheit am Dienstag deutlich größer aus.

Puigdemont war seit 2016 Präsident der katalanischen Autonomieregierung. Comín und Ponsatí waren zeitweise Mitglieder des katalanischen Kabinetts. Nach dem verbotenen Unabhängigkeitsreferendum im Oktober 2017 in Katalonien waren mehrere ranghohe Politiker der Region, darunter Puigdemont, Comín und Ponsatí, ins Ausland geflohen. Gegen die drei Abgeordneten liegen auch europäische Haftbefehle vor. Belgien hatte eine Auslieferung von Puigdemont und Comín im vergangenen Januar aber abgelehnt und den Vollzug des Haftbefehls mit Blick auf die Immunität der Abgeordneten ausgesetzt. Ponsatí rückte erst nach dem Brexit in das Europaparlament nach, sie lebt in Schottland. Bisher wurden Auslieferungsanträge Spaniens in Deutschland, Belgien und Schottland abgewiesen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/09/1198747_0:0:3157:1776_1280x0_80_0_0_4c86d699812807e42e37044ddc071c89.jpg

snaneews.de: **Sanktionen gegen Venezuela waren nicht wirksam – Weißes Haus**

Die Vereinigten Staaten wollen die einseitigen Sanktionen gegen Venezuela nicht aufheben, obwohl sie zugeben, dass sie nicht so wirksam wie geplant waren, wie ein ranghoher Vertreter der US-Regierung am Dienstag gegenüber Journalisten erklärte.

„Wir behalten uns das Recht vor, das Regime der Sanktionen zu revidieren. Wir wollen aber nicht die Sanktionen aufheben, bis das Regime (des Präsidenten von Venezuela Nicolas – Anm. d. Red.) Maduro seine Bereitschaft zeigen wird, sich an den Verhandlungstisch zu setzen“, sagte der Vertreter.

Dabei gestand der Beamte des Weißen Hauses, dass es den Sanktionen „vier Jahre lang nicht gelungen ist, das Wahlergebnis zu ändern“. Zudem wies er darauf hin, dass sich sowohl das offizielle Caracas als auch die Ölmärkte an die Sanktionen angepasst hätten.

„Wir können weiterhin die einseitigen Sanktionen fortsetzen und wer weiß wie lange noch in dieser Situation bleiben, oder uns an einen Tisch mit der Völkergemeinschaft setzen und sehen, wie es möglich ist, einen koordinierten Druck (auf die Behörden Venezuelas – Anm. d. Red.) auszuüben“, fügte er hinzu.

Der sogenannte Ausnahmezustand gegenüber Venezuela, der Sanktionen vorsieht, wurde im März 2015 durch ein Dekret des damaligen US-Präsidenten, Barack Obama, verhängt.

Damals führten die Vereinigten Staaten Einschränkungen gegen mehrere hochrangige venezolanische Beamte ein. Ihnen habe man Menschenrechtsverletzungen und die Verfolgung von politischen Gegnern vorgeworfen.

Die Maßnahmen betrafen Vertreter der Sicherheitskräfte, der Armee und des Geheimdienstes des lateinamerikanischen Landes. In den folgenden Jahren wurden die Sanktionen gegen Venezuela deutlich ausgeweitet. Die Einschränkungen gegen Venezuela verlängern die USA jedes Jahr.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/09/1200368_0:161:3069:1887_1280x0_80_0_0_af10d6639b74c06a2366ca8dda016a42.jpg

nachmittags:

rusvesna.su: **In der Ukraine ist die Geburtenrate katastrophal gesunken – es wurden Zahlen bekanntgegeben**

Im Laufe eines Jahrzehnts sank die Geburtenrate in der Ukraine um 40%, wodurch die Bevölkerung des Landes um 2.257.309 Personen zurückging.

Dies belegen die Daten des ukrainischen Statistikportals Opendatabot.

In den letzten drei Jahren wurden in der Ukraine durchschnittlich 26.000 Babys pro Monat geboren. Der geburtenreichste Monat in diesem Zeitraum war Juli 2018 - da wurden 31.461 Kinder geboren.

Im Jahr 2020 sank die Zahl der Geburten in der Ukraine auf ein 10-Jahres-Minimum - 293.457 Kinder wurden in dem Jahr geboren, während die Sterblichkeitszahl 616.835 Menschen erreichte.

Nach Angaben des staatlichen Statistikdienstes ging die Zahl der Einwohner der Ukraine im Jahr 2020 um 314.062 Personen zurück und erreichte 41,59 Millionen Ukrainer.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ukrainec_11.jpg

deu.belta.by: **KGB-Chef: Auf Belarus wird präzedenzloser Druck ausgeübt**

Das Komitee für Staatssicherheit stellt einen präzedenzlosen Druck auf Belarus fest und besitzt Informationen darüber, dass in der nächsten Zeit gegen das Land Pläne zur Destabilisierung der Situation in Angriff genommen werden. Das berichtete KGB-Chef Iwan Tertel vor Journalisten im Anschluss an das Arbeitstreffen mit Alexander Lukaschenko. „Wir haben im Bericht, den wir dem Staatschef vorgelegt haben, die wichtigsten Probleme aufgezeigt, die sich auf die nationale Sicherheit beziehen. Im Bereich der Außen- und Innenpolitik haben wir es heutzutage mit neuen Herausforderungen und Bedrohungen zu tun. Aber insgesamt müssen wir feststellen, dass die Lage in Belarus stabil bleibt“, erklärte der Vorsitzende des Komitees.

Der KGB weist jedoch auf einige Faktoren hin. „Erstens, auf Belarus wird von Seiten der Auslandspartner ein präzedenzloser Druck ausgeübt – das sind sowohl Sanktionen als auch andere Maßnahmen. Zweitens, wir kennen konkrete Personen und wissen über ihre kurzfristigen Pläne zur Destabilisierung der Situation in Belarus. Selbst die Daten sind uns bekannt – das ist die Zeitperiode 25.-27. März 2021“, sagte er.

Ein weiterer Faktor sei die wachsende Terrorismusgefahr. „Leider stammen die meisten Drohungen von den Personen, die sich in den Nachbarstaaten aufhalten“, stellte KGB-Chef fest.

Das Komitee für Staatssicherheit gehe seinen Aufgaben nach und unternehme alle notwendigen Schritte zur Minimierung der Drohungen. „Die Lage in Belarus wird auch künftig stabil bleiben. Die Sicherheitsbehörden verfügen über genügend Kräfte und Mittel, um auf verschiedene Bedrohungen zu reagieren“, versicherte Iwan Tertel.

Auf die Frage, wie der KGB die aktuelle Situation in Belarus bewertet, erwiderte der Vorsitzende: „Nach den politischen Zuspitzungen nach August 2020 hat sich die aktuelle Situation im Land entspannt. Darauf weisen unsere Kollegen im Ausland hin, das bestätigen auch die Diplomaten. Die akute Krise ist vorbei. Die Lage ist stabil.“

Gleichzeitig stellte er fest, dass die so genannten ausländischen „subversiven Zentren“ und die dahinter stehenden Geheimdienste und politische Kreise alles versuchen, um die Massenproteste wieder zu beleben, damit das ganze Land aus den Fugen gerät. „Diese Proteste werden seit Monaten angekündigt. Wir sind bereit, auf diese Bedrohungen zu reagieren. Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit Einzelpersonen und Organisationen, die solche Versuche unternehmen, streng nach dem Gesetz zur Verantwortung gezogen werden“, sagte der KGB-Chef.

Er bestätigte auch die zuvor vom Staatsoberhaupt geäußerten Informationen über die Verhaftung einer Gruppe von Personen und die Beschlagnahmung von Waffen und Munition. „Wir beschlagnahmten eine große Anzahl von Waffen, Munition und Mittel zur Fernzündung von Sprengstoff. Das waren echte Profis“, sagte Iwan Tertel.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1615288925_56301_big.jpg

snanews.de: **Mord an russischem Botschafter in Türkei: Fünf der Angeklagten zu lebenslanger Haft verurteilt**

Ein Gericht in Ankara hat am Dienstag ein Urteil im Fall des Mordes an dem russischen Botschafter in der Türkei Andrej Karlow verkündet, wie ein RIA-Novosti- Korrespondent vor Ort berichtete.

Fünf der 28 Angeklagten seien freigesprochen worden. Neun Personen seien zu fünf bis 15 Jahren Gefängnis, fünf weitere zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Nach neun Beschuldigten werde noch gefahndet.

Der russische Botschafter in der Türkei Andrej Karlow war am 19. Dezember 2016 bei der Eröffnung der Fotoausstellung „Russland von Kaliningrad nach Kamtschatka mit den Augen eines Reisenden“ in Ankara erschossen worden.

Nach Angaben der türkischen Behörden wurde der Botschafter vom Polizisten Mevlüt Mert Altıntas angegriffen. Er wurde kurz nach seiner Tat von Sicherheitskräften getötet. 28 Verdächtige, darunter der oppositionelle islamische Prediger Fethullah Gülen, wurden angeklagt. Er weist alle Vorwürfe zurück.

Wie es in der Anklageschrift heißt, ist der Mord an Karlow eine Provokation mit dem Ziel, die türkisch- russischen Beziehungen zu schädigen.

Der Prozess um den Mord an dem russischen Botschafter begann am 8. Januar 2019. Die Staatsanwaltschaft der Türkei forderte, acht Angeklagte zu lebenslanger Haft und fünf weitere zu 15 Jahren Gefängnis zu verurteilen sowie sechs Angeklagte freizusprechen. Die Fälle von neun Angeklagten, nach denen gefahndet wird, darunter Gülen, erbat die Staatsanwaltschaft, separat zu behandeln.



https://cdn.snaneuws.de/img/07e5/03/09/1204905_0:0:3159:1777_1280x0_80_0_0_b1c4618eb7ded9fd7f6397869def3c39.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 09.03.2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **dreimal die geltenden Vereinbarungen zur Einhaltung des Regimes der Feueinstellung verletzt**. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 28. mechanisierten Brigade intensiven Beschuss auf **Staromichajlowka** mit Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern durchgeführt und 30 Geschosse abgefeuert. Außerdem wurde mit Schusswaffen geschossen. Infolge des Beschusses wurden elf Wohnhäuser beschädigt: Tschkalow-Straße 18b, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 35 und 39, Gagarin-Straße 8 Wohnung 1, 9 Wohnung 1 und 2.

Wir merken an, dass die ukrainischen Kämpfer von provisorischen Feuerstellungen in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Krasnogorowka gefeuert und sich so hinter örtlichen Einwohnern versteckt haben.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gnatow von Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus einen Beschuss mit Mörsern des Kalibers 120mm auf **Leninskoje** durchgeführt und 12 Mörsergeschosse abgefeuert, von den Positionen des 501. Bataillons in Schirokino aus wurden auf **Sachanka** fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Strafruppen der 28. Brigade der BFU in Richtung Donezk von den Positionen in Krasnogorowka **Staromichajlowka** mit Schützenpanzern beschossen und drei Schüsse abgegeben.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kotlik die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Schusswaffen beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU zu verhindern.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen die **Stationierung von 24 Stück Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert wurden.

Aus dem Bestand der abziehenden 24. Marineinfanteriebrigade:
sechs Abwehrgeschütze SRK „Strela-10“ an der Eisenbahnstation von Konstantinowka;
vier Artilleriegeschütze „Gwosdika“, sechs T-72-Panzer an der Eisenbahnstation in Alexejewo-Drushkowka;

fünf Panzer T-64 an der Eisenbahnstation von Pokrowsk;

aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer in der Nähe von Bogdanowka;

aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein Abwehrgeschütz SRK „Strela-10“ an einem Objekt in der Nähe von Mangusch;

ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Pawlopol.

Außerdem führt der Gegner im Verantwortungsbereich der 36. Brigade der BFU Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch, die direkt das Leben und die Gesundheit der Einwohner bedrohen. So bemerken wir die Verminung von Örtlichkeiten in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Pischtschewik mit 1770 Antipanzerminen TM-62.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 28., 58. und 35. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, Stationen „Bukowel-AD“ von zwei mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Spartak und Sajzewo und des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Krasnogorowka eingesetzt werden, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, wurde am 7. März **in den Unterkünften des Bataillons „Ajdar“ die Leiche eines Kämpfers gefunden**, dieser erwies sich als der Soldat Sacharkow. Bei den Ermittlungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass der Soldat bei einem Konflikt vor dem Hintergrund, dass er nicht dessen nationalistische Ideologie teilt, erwürgt worden war. Danach wurde die Leiche in ein Nebengebäude gebracht, wo nationalistische Kämpfer von „Ajdar“ seinen Selbstmord inszenierten, indem sie Sacharkow mit einer Maschinenpistole in den Kopf schossen. Derzeit unternimmt das Brigadekommando alle Anstrengungen, um die Umstände des Mordes an dem Soldaten zu verheimlichen, um eine öffentliche Resonanz und weitere Opfer in dem Verband aufgrund von Gefechten zwischen Nationalisten und Soldaten mit gemäßigten Ansichten zu verhindern.

In den Verbänden und Truppenteilen der bewaffneten Formationen der Ukraine in der OOS-Zone geht die Impfung des Personals mit dem indischen Präparat „Covishield“ weiter, die vom Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol erteilten Anweisungen an die Brigadekommandeure, die Impfung nur formell durchzuführen, haben begonnen ihre Früchte in Form von Korruptionsschemata beim Verkauf des Präparats zu tragen.

So wurde am 8. März an der Ausfahrt aus Mariupol bei der Kontrolle eines Lastwagens vom Typ „Ford“, der der Freiwilligenorganisation „Jeder kann etwas tun“ gehört, durch Mitarbeiter der Nationalpolizei eine Lieferung medizinischer Güter ohne Begleitdokumente gefunden. Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass die Freiwilligen gesetzwidrig 200 Ampullen „Covishield“ ausführten. Außerdem erfolgte der Transport des Präparats unter grober Verletzung der Lagerungsbedingungen, wodurch es faktisch unbrauchbar wurde.

snanews.de: **BSI: Sechs deutsche Bundesbehörden von Cyber-Attacke auf Exchange betroffen**

Von den breit angelegten Cyberangriffen auf E-Mail-Programme von Microsoft sind nach Angaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) auch sechs Bundesbehörden betroffen.

„Dabei ist es in vier Fällen zu einer möglichen Kompromittierung gekommen“, hieß es in einer Sicherheitswarnung. Um welche Einrichtungen es sich handelt, wollte das BSI nicht mitteilen. Man habe den betroffenen Behörden Hilfe angeboten und sei auch schon in einzelnen Fällen aktiv.

Das BSI hatte am vergangenen Freitag eine erste Sicherheitswarnung veröffentlicht.

„Betroffen sind Organisationen jeder Größe“, heißt es dort. Bei 9000 Unternehmen und

anderen Institutionen schätzte das Bundesamt die Bedrohung durch die Cyber-Angreifer, die die Lücke bereits ausnutzen, so hoch ein, dass sie per Briefpost vor der Gefahr gewarnt wurden.

Microsoft wurde bereits im Januar auf die Sicherheitslücken von IT-Sicherheitsforschern aufmerksam gemacht. Der Software-Konzern begann dann damit, ein Update für sein Exchange-Programm zu entwickeln. Die Angreifer hätten anfangs wenige Ziele ausgesucht, seien im Februar aber dazu übergegangen, automatisiert in großem Stil Zehntausende E-Mail-Server täglich mit Hintertüren zu versehen, sagte der Chef der IT-Sicherheitsfirma Volexity, Steven Adair.

Exchange wird von vielen Unternehmen, Behörden und Bildungseinrichtungen als E-Mail- und Kollaborationsplattform genutzt. Bei einer erfolgreichen Attacke über die Schwachstellen ist es möglich, Daten aus dem E-Mail-System abzugreifen. Der Angriff erfolgte in der Regel automatisiert. Die Angreifer konnten in den Servern eine eigene Kontrollsoftware installieren. Betroffene Server können anschließend aus der Ferne kontrolliert werden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/09/1205018_0:169:3072:1897_1280x0_80_0_0_a5331cf0bf29d1f0387268ddf8a5dd3e.jpg

deu.belta.by: **OVKS will Stelle eines Sonderbeauftragten für Friedensmissionen einrichten**

Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit könnte beim Generalsekretariat das Institut des Sonderbeauftragten für Friedensmissionen einrichten. Das sagte OVKS-Sprecher Wladimir Sainetdinow der Telegraphenagentur BELTA im Anschluss an sein Treffen mit Generalsekretär Stanislaw Sas und Verteidigungsminister Kasachstans Nurlan Jermekbajew in Nur-Sultan.

Die Parteien besprachen gemeinsame Einsatz- und Kampftrainingsveranstaltungen, die für 2021 geplant sind, sowie den Plan zur Ausrüstung der kollektiven schnellen Eingreiftruppen der OVKS. „Besondere Aufmerksamkeit schenken die Parteien der Vorbereitung der OVKS-Friedenstruppen und ihrer Ausstattung mit modernen Waffen, militärischer und spezieller Ausrüstung und Sondermitteln. Es ist geplant, dass diese Truppen an den UN-Friedenseinsätzen teilnehmen können. Die Koordination dieser Einsätze soll ein OVKS-Mitgliedsstaat übernehmen“, teilte der Sprecher mit. „Die OVKS-Friedenstruppen sollen eine russische medizinische Abteilung enthalten, die als ein zusammengesetzter Verband agieren und durch neue Vertreter der OVKS-Staaten ergänzt werden soll. Diskutiert wurde auch die während der Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrates der OVKS im Dezember 2020 geäußerte Initiative des kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew, eine neue Institution innerhalb der Organisation zu schaffen - einen Sonderbeauftragten des OVKS-Generalsekretärs für Friedenssicherung.“

Stanislaw Sas und Nurlan Jermekbajew haben über Fragen gesprochen, die auf der Tagesordnung der kommenden April-Sitzung des OVKS-Verteidigungsministerrates stehen. Sie erörterten unter anderem die Durchführung geplanter gemeinsamer Militärübungen. Auf dem Territorium der Republik Tadschikistan sollen die gemeinsame Übung „Interaction 2021“ mit der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), die Sonderübung „Search 2021“ mit Aufklärungskräften und -mitteln sowie die Übung „Eschelon 2021“ mit Kräften und Mitteln logistischer Unterstützungseinheiten durchgeführt werden. In Russland werden die OVKS-Friedenstruppenübungen „Unbreakable Brotherhood 2021“ und ein operatives Treffen mit dem Kommando der Kollektiven Eingreiftruppen der Mittelasiatischen Region stattfinden.

„Es wurde der Plan der gemeinsamen Vorbereitung der Militärführung, der Kräfte und Mittel der Kollektiven Sicherheit für 2022 besprochen“, fügte Wladimir Sainetdinow hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1615301470_56309_big.jpg